

Abschlussdokument des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit

Abschlussempfehlungen:

1. Der Unterausschuss verweist auf seine 20 Empfehlungen im Teil B des Zwischenberichts vom 23. Januar 2012, Ausschussdokument S-17(3)69. Diese sind diesem Abschlussbericht als Anlage 1 beigefügt und werden in vollem Umfang aufrechterhalten und bekräftigt.
2. Im Besonderen benennt der Unterausschuss konkret die nachstehenden sieben Empfehlungen, deren Umsetzung er als vordringliche strukturelle Maßnahmen als besonders wichtig für die zukünftige Arbeit in der nächsten Legislaturperiode erachtet.

„Empfehlung 1: („Auswertung & Evaluierung“)

dass eine systematische Auswertung der Aktivitäten im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung durchgeführt wird, einschließlich einer wissenschaftlichen Evaluierung. Dies betrifft v.a. das Monitoring sowie die Wirkungs- und Fortschrittsanalyse von Maßnahmen. Dafür bedarf es transparenter und objektiver Kriterien, um Fehlentwicklungen rechtzeitig aufdecken und die notwendigen politischen Kurskorrekturen vornehmen zu können,

(...)

Empfehlung 6: („Capacity Building“)

im Rahmen der Verbesserung von Fähigkeiten (Capacity Building) mehr Juristinnen und Juristen und Verwaltungsfachleute für Auslandsmissionen dauerhaft zur Verfügung zu stellen und für diese Fachkräfte geeignete Anreiz- und Anerkennungsstrukturen zu entwickeln, die über monetäre Leistungen hinausgehen und z.B. die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Klarheit über Karriereperspektiven und insgesamt die öffentliche Anerkennung der im Ausland geleiteten Arbeit aufgreifen,

(...)

Empfehlung 7: („Internationale Polizeieinsätze“)

angesichts der zunehmenden Bedeutung internationaler Polizeieinsätze dauerhaft dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend und zeitnah qualifiziertes Personal für internationale Polizeieinsätze zur Verfügung steht, und Bund und Länder gemeinsam organisatorische, strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die dies ermöglichen,

(...)

Empfehlung 8: („Ressourcen“)

die personellen und finanziellen Ressourcen für Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu verstetigen,

(...)

Empfehlung 9: („Ressortkreis“)

den Ressortkreis Zivile Krisenprävention künftig regelmäßig unter Leitung eines Staatsministers im Auswärtigen Amt auf Ebene der Staatssekretäre der beteiligten Ministerien tagen zu lassen,

(...)

Empfehlung 12: („Einsatzversorgung“)

Mit dem Entsendegesetz und dem Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz konnten große Fortschritte im Bereich der Betreuung ziviler Fachkräfte im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erzielt werden. Wir empfehlen darüber hinaus die Entwicklung eines Konzepts für die Betreuung freiwilliger, ziviler von der Bundesrepublik Deutschland entsandter oder sekundierter Fachkräfte, wie z.B. über das ZIF Entsandte, Angehörige der GIZ, Friedensfachkräfte des ZFD oder der Freiwilligen des THW. Dies betrifft vor allem die Zeit nach ihrem Einsatz sowie die soziale Absicherung im Falle einer physischen oder psychischen Schädigung im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit unter den besonderen Anforderungen und Gefährdungen des Einsatzes und Arbeitens in Krisen- und Konfliktregionen.

Empfehlung 19: („Mediation“)

dass Deutschland die Rolle von Mediation in Konflikten stärker berücksichtigt (...),

(...)“

3. Der Unterausschuss hält die Wiedereinrichtung des Unterausschusses in der 18. Legislaturperiode unter dem Titel „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ angegliedert an den Auswärtigen Ausschuss für dringend geboten. Mittelfristig spricht sich der Unterausschuss für die ganzheitliche Beratung in Krisenfragen und zur Sicherheitsvorsorge für die Einrichtung eines übergreifenden Bundestagsausschusses aus, bestehend aus Mitgliedern des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, des Verteidigungsausschusses, des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, des Innenausschusses, des Rechtsausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie sowie des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, um anlassbezogen strategische Herausforderungen umfassender als bisher beraten zu können. Dies würde eine umfassendere Information der Abgeordneten ermöglichen.
4. Der Unterausschuss empfiehlt dem neuen Unterausschuss in der 18. Legislaturperiode, die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Beirat „Zivile Krisenprävention“ und der Zivilgesellschaft fortzusetzen, da sie sich als außerordentlich hilfreich für die Arbeit erwiesen hat.

Anlagen:

Anlage 1:

Teil B des Zwischenberichts in der vom Unterausschuss am 23. Januar 2012 beschlossenen Form

Anlage 2:

Tätigkeitsbericht des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Berlin, den 10. Juni 2013

Joachim Spatz MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit

Obmann der FDP-Bundestagsfraktion

Kerstin Müller MdB

Stv. Vorsitzende des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit

Obfrau der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sabine Weiss MdB

Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Edelgard Bulmahn MdB

Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion

Anlage 1

Teil B des Zwischenberichtes des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit vom 23. Januar 2012 (Ausschussdokument S-17(3)69)

B) Empfehlungen

Aus der Tätigkeit des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit ergeben sich folgende Empfehlungen:

1. dass eine systematische Auswertung der Aktivitäten im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung durchgeführt wird, einschließlich einer wissenschaftlichen Evaluierung. Dies betrifft v.a. das Monitoring sowie die Wirkungs- und Fortschrittsanalyse von Maßnahmen. Dafür bedarf es transparenter und objektiver Kriterien, um Fehlentwicklungen rechtzeitig aufdecken und die notwendigen politischen Kurskorrekturen vornehmen zu können,
2. dass die Berichterstattung über die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung entsprechend den Vorschlägen des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit erneuert wird:
 - Der Umsetzungsbericht zum Aktionsplan erscheint nur noch alle vier Jahre und soll die außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung, ihre strategischen Überlegungen und die damit verbundenen Maßnahmen enthalten, damit das Parlament in der Lage ist, langfristige Entwicklungen nachzuvollziehen.
 - In den drei dazwischen liegenden Jahren werden Zwischenberichte zu Schwerpunktthemen erstellt, damit politische Zielsetzungen deutlich sichtbar werden.
 - Die in den jeweiligen Zwischenberichten aufzugreifenden Themen werden zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung vereinbart, dabei muss auch der Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit das Recht haben, Schwerpunktthemen zu benennen.
 - Alle Berichte müssen zuerst dem Parlament zur Verfügung gestellt werden.
 - Bei einer frühzeitigen Einbindung des Beirats „Zivile Krisenprävention“ muss die Bundesregierung die Vertraulichkeit im Vorfeld der Einbindung sicherstellen.
 - Vor der breiten Veröffentlichung sollen die Berichte der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden und die Nichtregierungsorganisationen, Friedensforschungsinstitute und Think Tanks die Möglichkeit zu einer Stellungnahme erhalten.
 - In einem zeitlichen Abstand von etwa drei Monaten sollen alle Stellungnahmen mit einer Würdigung der Bundesregierung als Gesamtvorlage dem Bundestag für die weitere Ausschussberatung und für eine Parlamentsdebatte zur Verfügung gestellt werden,

3. den Weg zur Erreichung der Millenniumentwicklungsziele (MDG) weiter positiv zu beschreiben und auch weiterhin verstärkt finanzielle Mittel bereitzustellen, um das Ziel einer ODA-Quote von 0,7 % des BIP möglichst zeitnah zu erreichen,
4. den zivilgesellschaftlichen Beirat „Zivile Krisenprävention“ als wichtige Schnittstelle für die Abstimmung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu stärken und zu klären, wie das Mandat des Beirates aufgewertet werden kann,
5. die Kommunikationsstrategie im Bereich Zivile Krisenprävention zu verbessern, den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Fragen der zivilen Krisenprävention verstärkt zu führen sowie den Beirat „Zivile Krisenprävention“ stärker einzubeziehen und auch ihm eine aktive Rolle in einer solchen Kommunikationsstrategie einzuräumen,
6. im Rahmen der Verbesserung von Fähigkeiten (Capacity Building) mehr Juristinnen und Juristen und Verwaltungsfachleute für Auslandsmissionen dauerhaft zur Verfügung zu stellen und für diese Fachkräfte geeignete Anreiz- und Anerkennungsstrukturen zu entwickeln, die über monetäre Leistungen hinausgehen und z.B. die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Klarheit über Karriereperspektiven und insgesamt die öffentliche Anerkennung der im Ausland geleiteten Arbeit aufgreifen,
7. angesichts der zunehmenden Bedeutung internationaler Polizeieinsätze dauerhaft dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend und zeitnah qualifiziertes Personal für internationale Polizeieinsätze zur Verfügung steht, und Bund und Länder gemeinsam organisatorische, strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die dies ermöglichen,
8. die personellen und finanziellen Ressourcen für Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu verstetigen,
9. den Ressortkreis Zivile Krisenprävention künftig regelmäßig unter Leitung eines Staatsministers im Auswärtigen Amt auf Ebene der Staatssekretäre der beteiligten Ministerien tagen zu lassen,
10. die von Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umgesetzten Maßnahmen für mehr Kohärenz und ergebnisorientierte Steuerung der außen- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den Zielländern weiter fortzusetzen, da die Koordinierung vor Ort mindestens so große Bedeutung besitzt, wie die interministerielle Koordinierung in Deutschland. Zusätzlich muss die Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren intensiviert werden,
11. die Schlüsselrolle von Frauen bei der Prävention und Lösung von Konflikten, bei der Friedenskonsolidierung sowie beim Wiederaufbau verstärkt wahrzunehmen und anzuerkennen sowie gemeinsam mit den europäischen Partnern die Vereinten Nationen bei der Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1325 und folgender (1820, 1888 und 1889) in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu unterstützen,
12. Mit dem Entsendegesetz und dem Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz konnten große Fortschritte im Bereich der Betreuung ziviler Fachkräfte im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erzielt werden. Wir empfehlen darüber hinaus die Entwicklung eines Konzepts für die Betreuung freiwilliger, ziviler von der Bundesrepublik Deutschland entsandter oder sekundierter Fachkräfte, wie z.B. über das ZIF Entsandte, Angehörige der GIZ, Friedensfachkräfte des ZFD oder der Freiwilligen des THW. Dies betrifft vor allem die Zeit nach ihrem Einsatz sowie die soziale Absicherung im Falle einer physischen oder psychischen

Schädigung im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit unter den besonderen Anforderungen und Gefährdungen des Einsatzes und Arbeitens in Krisen- und Konfliktregionen,

13. auch weiter regionale Organisationen, wie zum Beispiel die Afrikanische Union, beim Aufbau entsprechender ziviler Personalpools intensiv zu unterstützen,
14. die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien, in internationalen Organisationen und den Umsetzungsorganisationen mit Blick auf die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung weiter zu verbessern und entsprechende Aus- und Weiterbildungsmodulare an entsprechenden Einrichtungen zu entwickeln,
15. dass Deutschland innerhalb der EU weiterhin für eine Stärkung der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wirbt und sich auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass es trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten zwischen Europäischem Rat, Europäischer Kommission, dem Europäischen Parlament und der Hohen Vertreterin zu einem kohärenten europäischen Ansatz der Krisenprävention und der Konfliktbearbeitung kommt,
16. dass sich Deutschland bei der konkreten Umsetzung der Ausgestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes dafür einsetzt, dass dieser die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen dafür erhält, die ihm zugewiesene Rolle im Bereich der zivilen Krisenprävention effektiv ausüben zu können,
17. dass es beim Aufbau ziviler Planungsfähigkeiten gemäß dem Strategischen Konzept der NATO nicht zu einer Doppelung sondern zu Synergien mit bereits bestehenden Strukturen auf Ebene der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen kommt,
18. sich bei den Vereinten Nationen verstärkt für die Durchsetzung des Prinzips „UN delivery as one“ mit einem umfassend verantwortlichen „head of mission“ (z.B. ERSG) für die jeweilige Mission einzusetzen,
19. dass Deutschland die Rolle von Mediation in Konflikten stärker berücksichtigt und
20. in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag die Stärkung des Parlamentarismus in Konfliktstaaten fördert.

Anlage 2

Tätigkeitsbericht des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Sitzungen: 38 Sitzungstermine, drei Ausschuss-Reisen

Öffentliche Anhörungen:

„Erfahrungen und Perspektiven der zivilen Krisenprävention“ (I), 14.06.2010

Sachverständige:

Prof. Dr. Andreas Buro, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Direktor von Berghof Conflict Research, Berlin

Dr. Claudia Major, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Winfried Nachtwei, MdB a.D.

Dr. Thania Paffenholz, Lehrbeauftragte am Graduate Institute of International and Development Studies (HEID), Genf

Dr. Almut Wieland-Karimi, Direktorin und Geschäftsführerin des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin

„Erfahrungen und Perspektiven der zivilen Krisenprävention“ (II), 14.03.2011

Sachverständige:

Frau Josephine Liebl, European Peacebuilding Liaison Office (EPLO)

Herr Dr. Jochen Motte, Forum Menschenrechte, Netzwerk Deutscher Menschenrechtsorganisationen

Herr Dr. Wolfgang Heinrich, Herr Dr. Volker Kasch, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Herr Hans Jörg Friedrich, Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZfD)

Frau Dr. Christine Schweitzer, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Herr Jürgen Lieser, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)

„10 Jahre Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“, 13.12.2010

Sachverständige:

Frau Stefanie Babst, Beigeordnete NATO-Generalsekretärin für Public Democracy

Frau Monika Hauser (medica mondiale), Trägerin Alternativer Friedensnobelpreis

Frau Heidi Meinzolt, Mitglied der Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrates und

Nahostkoordinatorin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

Frau Dagmar Schumacher, Direktorin UNIFEM, Brüssel

„Internationale Polizeieinsätze in Krisengebieten“, 09.05.2011

Sachverständige:

Herr Stefan Feller, Leiter der EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina

Frau Dr. Ronja Kempin, Stiftung Wissenschaft und Politik
Herr Dr. Markus Ritter, ehem. Leiter des German Police Project Teams (GPPT) in Afghanistan
Frau Jonna Schürkes, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Gemeinsame Anhörung mit den Unterausschüssen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung und Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung zum Thema „Rüstungskontrolle als Mittel ziviler Krisenprävention“, 26.09.2011

Sachverständige:

Herr Dr. Paul Holtom, SIPRI, Director of the Arms Transfers Programme
Herr Dr. Keith Krause, Graduate Institute of International and Development Studies, Genf, Programme Director Small Arms Survey
Herr Robert Lindner, Oxfam Deutschland, Koordinator Humanitäre Kampagnen
Herr Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr, München
Herr Max Markus Mutschler, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen
Frau Dr. Simone Wisotzki, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Herr Dr. Wolfgang Zellner, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg

Sicherheitssektorreform – ein wichtiger Baustein ziviler Krisenprävention, 15.04.2013

Sachverständige:

Frau Anja H. Ebnöther, Geneva Center for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF), Assistant Director
Herr Tom Pätz, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Vorstand
Prof. Dr. Herbert Wulf, Senior Expert Fellow, Centre for Global Cooperation Research, Universität Duisburg

Entwicklungszusammenarbeit mit fragile Staaten (gemeinsam mit Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 12.06.2013

Sachverständige:

Herr Prof. Dr. sc. pol. Tobias Debiel, Professor für Internationale Beziehungen / Außen- und Entwicklungspolitik, Universität Duisburg-Essen
Herr Wolfgang Heinrich, Referent für Friedensarbeit, Brot für die Welt
Frau Dr. Gabi Hesselbein, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Research Fellow) am Crisis States Research Centre und Mitarbeiterin am Department of International Development (internationale Entwicklung) an der London School of Economics
Dr. Almut Wieland-Karimi, Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze

Themensitzungen:

Bericht der Bundesregierung: **Organisation des Aufgabengebiets "Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit"**, 19.04.2010

Bericht der Bundesregierung: zur aktuellen Entwicklung im **Sudan**, 17.05.2010

Aufgabenwahrnehmung der Europäischen Union im Bereich „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“, 05.07.2010 in Brüssel

Bericht der Bundesregierung: zur aktuellen Entwicklung im **Sudan**, 27.09.2010

Bericht der Bundesregierung zur **finanziellen Ausstattung des Bereichs zivile Krisenprävention**, 27.09.2010

Herr Generalmajor Müllner (StAL FÜ S III) erstattet dem Unterausschuss Bericht zum Thema der Anhörung vom 14.06.2010 „**Erfahrungen und Perspektiven der zivilen Krisenprävention**“, 25.10.2010

Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung im **Kongo**, 08.11.2010

Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung im **Sudan**, 24.01.2011

Expertengespräch und Bericht der Bundesregierung zur "**Rolle der politischen Stiftungen bei ziviler Krisenprävention und vernetzter Sicherheit**", 24.01.2011:

Herr Michael Lange, Konrad-Adenauer-Stiftung

Herr Ulrich Niemann, Friedrich-Naumann-Stiftung

Frau Jana Mittag, Heinrich-Böll-Stiftung

Herr Dr. Erhard Crome, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herr Wilfried Telkämper, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herr Dr. Dieter Ehm, Hanns-Seidel-Stiftung

Bericht der Bundesregierung zum neuen **Kommunikationskonzept für den Bereich zivile Krisenprävention**, 04.04.2011

Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in **Sri Lanka, Myanmar und Thailand**, 04.04.2011

Expertengespräch zur aktuellen Entwicklung in **Sri Lanka, Myanmar und Thailand**, 04.04.2011

Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in **Nordafrika und im Nahen Osten**, insbesondere hinsichtlich **Jemen und Libyen**, 11.04.2011

Expertengespräch zur aktuellen Entwicklung in **Nordafrika und im Nahen Osten**, insbesondere hinsichtlich **Jemen und Libyen**, 11.04.2011

Vorstellung des CSSP-Konzepts zur **Umsetzung der VN-SR-Resolution 1973**, 11.04.2011

Bericht der Bundesregierung zu **internationalen Einsätzen der Vereinten Nationen**, 06.06.2011

Expertengespräch zu **internationalen Einsätzen der Vereinten Nationen**, 06.06.2011

Bericht der Bundesregierung Konsequenzen aus dem "**Abschlussbericht zum Zivilen Planziel 2010 (Ratsdok.-Nr. 16817/10)**", 06.06.2011

Gespräch mit Frauen aus politischen Krisenregionen, 27.06.2011

Klausurtagung Strategieworkshop Sudan, 19.09.2011

Auswertung der **Klausurtagung des Unterausschusses zum Thema Sudan** vom 19.09.2011, 23.01.2012

Bericht der Bundesregierung und Expertengespräch zu **OSZE und Zentralasien**, 17.10.2011

Bericht der Bundesregierung und Expertengespräch zu **Kongo**, 07.11.2011

Bericht der Bundesregierung zur **aktuellen Lage in Somalia**, 12.12.2011

Zwischenbericht des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit, 12.12.2011

Bericht der Bundesregierung zur **Vereinbarung zwischen BMZ und AA vom 10.11.2011 zur Neustrukturierung von deutschen Auslandsvertretungen sowie zur Verlagerung von operativen Haushaltsmitteln aus dem AA ins BMZ und zur Veränderung der Stiftungsarbeit in Osteuropa**, 05.03.2012

Ausschussinterne Nachberatung zu der **öffentlichen Unterausschusssitzung vom 26. März 2012 mit dem Titel „Vernetzte Sicherheit“ (Begriffserklärung und Betrachtung der Koordination verschiedener Akteure in Konflikt- bzw. Postkonfliktsituationen)**, 23.04.2012

Bericht der Bundesregierung **zum Leitlinienpapier der Planungsstäbe verschiedener Bundesministerien unter dem Titel „Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten“**, 23.04.2012

Bericht der Bundesregierung **Transformationspartnerschaften in der MENA-Region, unter besonderer Berücksichtigung der EU-Kooperation und der Rolle des Europäischen Dienstes (EAD) sowie der Beschreibung konkreter politischer Verfahren und Instrumente**, 21.05.2012

Fortsetzung der Diskussion zum Thema **„Vernetzte Sicherheit“**, 21.05.2012, 25.06.2012 und 24.09.2012

Gespräch mit der **Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs für die Republik Süd-Sudan, Frau Hilde Johnson**, 15.10.2012

Bericht der Bundesregierung zur **Entwicklung der finanziellen Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention im Bundeshaushalt 2013**, 24.09.2012 und 05.11.2012

Bericht der Bundesregierung, Unterrichtung durch den Bundesnachrichtendienst (BND) sowie Bericht von Sachverständigen **zur Lage in Mali und in der Sahel-Zone**, 05.11.2012

Bericht der Bundesregierung und Expertengespräch zur **aktuellen Lage in Ägypten, Algerien und Marokko**, 25.02.2013

Öffentliche Ausschussberatungen:

Zweiter und dritter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" (Bundestagsdrucksachen 16/10034 und 17/2300), 27.09.2010

Expertengespräch und Bericht der Bundesregierung zum **Evaluationsbericht ziviler Friedensdienst**, 06.02.2012:

Frau Dr. Thania Paffenholz, Graduate Institute of International and Development Studies Centre on Conflict, Development and Peace Building

Herr Hans Jörg Friedrich, Konsortium Ziviler Friedensdienst

Herr Jürgen Deile, Konsortium Ziviler Friedensdienst

Expertengespräch und Bericht der Bundesregierung zum Thema **Vernetzte Sicherheit**, 26.03.2012:

Herr Dr. Winrich Kühne, Stephen Mueller Professor at the Bologna Centre, SAIS, Johns Hopkins University

Frau Dr. Claudia Major, Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsgruppe Sicherheitspolitik

Herr Sid Johann Peruvemba, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)

Herr Dr. Andreas Wittkowsky, Zentrum für internationale Friedenseinsätze

Expertengespräch und Bericht der Bundesregierung zu den **Deutschen Aktivitäten im UN-Sicherheitsrat mit den Schwerpunkten Peace Building und Capacity Building unter Berücksichtigung der UN-Aktivitäten zu Kindern in bewaffneten Konflikten**, 25.06.2012:

Frau Wiebke Hansen, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

Herr Frank Mischo, Kindernothilfe

Herr Philipp Rotmann, Global Public Policy Institute

Herr Paul Mikov, World Vision International

Gespräch mit Sachverständigen und Bericht der Bundesregierung: **Vorstellung des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur UN-Resolution 1325**, 10.12.2012:

Frau Ute Scheub, Deutscher Frauensicherheitsrat,

Frau Monika Hauser, medica mondiale

Bericht der Bundesregierung und Expertengespräch zu den **Peace Operations 2025 – Szenario des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)**, 13.05.2013:

Frau Dr. Almut Wieland-Karimi, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

Herr Mohamed Ibrahim, Department of Peacekeeping Operations (DPKO), UN

Verabschiedung Abschlussdokument des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit, 10.06.2013

Überwiesene Dokumente:

Zweiter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" - Krisenprävention als gemeinsame Aufgabe, BT-Drucksache 16/10034 (behandelt am 25.10.2010)

Dritter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung", BT-Drucksache 17/2300 (behandelt am 25.10.2010)

Antrag der SPD: 10 Jahre UN-Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit", BT-Drucksache 17/3176 (behandelt am 14.03.2011)

Antrag DIE LINKE: Verpflichtung zur UN-Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" einhalten - Auf Gewalt in internationalen Konflikten verzichten, BT-Drucksache 17/3205 (behandelt am

14.03.2011)

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 10 Jahre UN-Resolution 1325 - Frauen, Frieden, Sicherheit - Nationaler Aktionsplan für eine gezielte Umsetzung, BT-Drucksache 17/2484 (behandelt am 14.03.2011)

Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit", BT-Drucksache 17/4152, (behandelt am 14.03.2011)

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2010 zum 10. Jahrestag der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit (EuB-EP 2102), (behandelt am 14.03.2011)

Abschlussbericht zum Zivilen Planziel 2010 Ratsdok.-Nr: 16817/10, 06.06.2011

Antrag der SPD: Deutschland braucht dringend eine kohärente Strategie für die zivile Krisenprävention, BT-Drucksache 17/4532 (behandelt am 12.12.2011)

Anträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik rücken, BT-Drucksache 17/5910 (behandelt am 12.12.2011)

Anträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ressortübergreifende Friedens- und Sicherheitsstrategie entwickeln, BT-Drucksache 17/6351 (behandelt am 12.12.2011)

Ausschuss-Reisen:

10. bis 18.10.2010 nach Äthiopien, Ghana und Sierra Leone

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Herr Joachim Spatz MdB (FDP), Vorsitzender
Frau Kerstin Müller MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), stv. Vorsitzende
Frau Edelgard Bulmahn MdB (SPD), Obfrau
Frau Kathrin Vogler MdB (DIE LINKE), Obfrau
Herr Hartwig Fischer MdB (CDU/CSU), Obmann [außer Sierra Leone]
Frau Kate Adams, Sprachendienst Deutscher Bundestag
Herr Franz-Josef Mesters, Ausschussekretariat
Weitere Teilnehmer haben die Reise auf eigene Kosten begleitet.

14. bis 19.06.2011 nach New York und Washington D.C.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Herr Joachim Spatz MdB (FDP), Vorsitzender
Frau Kerstin Müller MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), stv. Vorsitzende
Frau Edelgard Bulmahn MdB (SPD), Obfrau
Herr Niema Movassat MdB (DIE LINKE)
Herr Franz-Josef Mesters, Ausschussekretariat
Frau Dr. Christine Althaus, AA

02. bis 08.03.2013 nach Ägypten, Algerien und Marokko

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Herr Joachim Spatz MdB (FDP), Vorsitzender
Frau Inge Höger MdB (DIE Linke)
Frau Dorothea Hütte, Sprachendienst BMVg
Herr Samir Grees, Sprachendienst Bundestag
Frau Anja Wollny, Ausschusse sekretariat